

Beschluss (vorläufig) Freie Spree für alle: Badeverbot aufheben, entwickeln statt verhindern!

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 10.12.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

Fast 7 % der Berliner Stadtfläche besteht aus Wasser. Der größte Teil davon ist für die Berliner*innen nicht frei nutzbar, weil das Baden und Schwimmen in Berliner Flüssen und Kanälen weitgehend verboten ist. Seit fast 100 Jahren. Dieses pauschale Verbot, was in anderen Städten Deutschlands so nicht existiert, bedeutet eine erhebliche Einschränkung für die Erholungs- und Entfaltungsmöglichkeiten der Berliner*innen und behindert, dass Berlin sein enormes Potenzial als Wasserstadt nutzt.

Die Demonstrationen gegen das Badeverbot im Sommer 2025 haben gezeigt, dass viele Menschen damit nicht mehr einverstanden sind. Sie wollen das Badeverbot endlich abgeschafft wissen und endlich eine Weiterentwicklung der Stadt und ihrer Gewässer sehen.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen setzen uns dafür ein, dass die Bevölkerung Berlins ihren Fluss und andere Gewässer „zurückbekommt“ und fordern deshalb:

- Der in §25 BWG bereits eingeräumte Gemeingebrauch soll für das Baden und Schwimmen, gleichwertig mit anderen Ansprüchen (wie dem Recht des Befahrens mit Booten, Entnahme von Wasser etc.) auch tatsächlich und engagiert durchgesetzt werden.

Das Baden und Schwimmen ist im Prinzip immer freizugeben, wenn nicht zwingende Gründe dagegensprechen.

- Es soll landesweit ein Wasserqualitäts-Monitoring-System aufgebaut werden, das die Wasserqualität kontinuierlich überwacht. Das gibt den Berliner*innen die Informationsgrundlage, zu entscheiden, ob sie Schwimmen wollen oder nicht. Und es gibt den Verwaltungen die Informationsgrundlage bei Extremwetterlagen notfalls auch kurzfristige Sperrungen zu verhängen.

- Für das Füllen von Ermessensentscheidungen z.B. hinsichtlich der Sperrung eines Gewässers aus wasserhygienischen Gründen soll der Senat wissenschaftlich fundierte Kriterien entwickeln.

- Wie in anderen Bundesländern üblich, sollen lokale Verbote nicht starr in der Badegewässerverordnung festgehalten werden, sondern eine leichte Anpassbarkeit besitzen (z.B. ortsspezifische Allgemeinverfügung, statt Landesverordnung) festgehalten werden.

- Über die Vorgaben des BWG hinaus sind keine weiteren Anforderungen an die Freigabe eines Gewässers (z.B. bestimmte bauliche Ausstattungselemente o.ä.) zu stellen. Gleichwohl fordern wir den Senat auf, möglichst barrierearme Zugänge zum Wasser zu schaffen.

- Solange Gründe für ein Verbot bestehen, soll die Verwaltung verpflichtet werden auch selbst pro-aktiv Lösungsmaßnahmen zu initiieren, umzusetzen oder zu fördern. Falls Gründe für ein Verbot fortbestehen, muss die Verwaltung transparent machen, welche Bemühungen konkret unternommen wurden und warum trotz dieser Bemühungen keine Lösungen umgesetzt werden konnten.

- Die Verwaltung soll aktive Möglichkeiten zum Baden in der Stadt schaffen und fördern, anstatt sie durch pauschale Verbote zu beschneiden. : Die zeitnahe

43 Einrichtung und Eröffnung einer Pilotbadestelle im Spreekanal, so wie in dem
44 2025 von Senat und Bezirk Mitte verabschiedeten Integrierten Städtebaulichen
45 Entwicklungskonzept Berliner Mitte (ISEK) beschrieben. Außerdem soll die
46 Einrichtung weiterer innerstädtischer Schwimmstellen auch in Trägerschaft durch
47 andere Bezirke, Vereine und landeseigene Unternehmen aktiv unterstützt werden.

Beschluss (vorläufig) Gemeinsam mit der Initiative Berlin autofrei für eine mutige und soziale Verkehrswende

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 10.12.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 Bündnis 90/Die Grünen Berlin gratulieren der Initiative „Berlin autofrei“
2 herzlich zum Urteil des Berliner Verfassungsgerichtshofs, das die Zulässigkeit
3 des von der Initiative eingeleiteten Volksentscheides für das „Gesetz zur
4 gemeinwohlorientierten Straßennutzung“ bestätigt hat. Dieses Urteil ist ein
5 Meilenstein für demokratische Beteiligung und Klimaschutz in unserer Stadt. Wir
6 begrüßen, dass dieses Urteil den Diskurs und die Grenzen des Möglichen zugunsten
7 größerer Freiräume für die Verkehrswende in ganz Deutschland verschoben hat.

8
9 Wir würdigen das Engagement der Initiative, die mit ihrem Gesetzentwurf eine
10 breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft des Verkehrs in Berlin
11 angestoßen hat. Sie zeigt, wie eine Stadt gestaltet werden kann, in der
12 öffentlicher Raum gerechter verteilt, Lebensqualität verbessert und
13 Klimaneutralität ernsthaft verfolgt wird.

14
15 Wir teilen die Ziele der Initiative für mehr Lebensqualität und
16 Verkehrssicherheit in Berlin durch eine Reduktion des motorisierten
17 Individualverkehrs und der Stärkung des Umweltverbundes. Wir wollen gemeinsam
18 mit der Initiative, der Zivilgesellschaft und den Berliner*innen an der
19 Umsetzung dieser Vision arbeiten und hierfür geeignete und effektive Maßnahmen
20 entwickeln. Dabei legen wir weiterhin auch einen verkehrspolitischen Schwerpunkt
21 auf den Ausbau des ÖPNV in den Außenbezirken und zu den Umlandgemeinden.

22
23 Gleichzeitig hat die schwarz-rote Koalition in den letzten Jahren die
24 Verkehrswende nicht nur ausgebremst, sondern den Rückwärtsgang eingelegt.
25 Radwegeausbaustopp, Kaputtsparen des ÖPNV, Rückkehr zu Tempo 50 auf Berliner
26 Hauptverkehrsstraßen - Berlin steuert unter Schwarz-Rot zurück in die
27 Vergangenheit.

28
29 Wir freuen uns deshalb sehr über die nun anstehende Debatte, welcher der beste
30 Weg zur Umsetzung der Verkehrswende sein kann, die mit dem Gesetzesvorschlag der
31 Initiative Berlin autofrei nun geführt werden kann. Wir arbeiten zugleich weiter
32 für die Umsetzung des Mobilitätsgesetzes als Grundlage für eine Verkehrswende in
33 Berlin.

34
35 Der Landesvorstand wird beauftragt, den Dialog mit der Initiative „Berlin
36 autofrei“ aktiv fortzusetzen und gemeinsam Wege zu entwickeln, wie die
37 Verkehrswende politisch, rechtlich und planerisch weiter vorangebracht werden
38 kann.

39
40 Wir halten es ausdrücklich für richtig, dass es eine stadtweite Debatte über die
41 Verkehrswende und auch über die vorgeschlagenen Maßnahmen gibt und über diese in
42 dem direktdemokratischen Verfahren des Volksentscheids abgestimmt wird.
43 Deshalb begrüßen wir es, wenn unsere Mitglieder sich an der
44 Unterschriftensammlung für diesen Volksentscheid beteiligen.

Beschluss „Listen to the Science!“ Gemeinsam in Berlin für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 10.12.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die der Wissenschaft zuhört:
2 „Listen to the Science!“
- 3 Unsere Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft setzt auf
4 Aufklärung. Dabei lassen wir uns von Wissenschaftler*innen beraten.
- 5 Gesetzesvorhaben prüfen wir dahingehend, ob sie mit Grund- und Europarecht in
6 Einklang stehen. Das gilt auch für die beiden Gesetzentwürfe der schwarz-roten
7 Bundesregierung zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des
8 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).
- 9 Am 3. November 2025 hat sich der Sachverständigenrat für Integration und
10 Migration zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung für ein GEAS-
11 Anpassungsgesetz sowie ein GEAS-Anpassungsfolgegesetz zu Wort gemeldet. Der
12 Sachverständigenrat äußert dabei scharfe Kritik an den geplanten gesetzlichen
13 Neuregelungen im Bereich „freiheitsbeschränkender und freiheitsentziehender
14 Maßnahmen, die aus unserer Sicht für eine wirksame Umsetzung der GEAS-Reform
15 weder zwingend erforderlich noch förderlich“ seien (Prof. Dr. Birgit Glorius,
16 Stellvertretende Vorsitzende).
- 17 Darüber hinaus legt der Sachverständigenrat besonderes Augenmerk auf die
18 wirksame Umsetzung des unabhängigen Menschenrechts-Monitorings gemäß Artikel 10
19 der neuen Screening-Verordnung: „Ein flächendeckender und unabhängiger
20 Monitoring-Mechanismus, also ein systematisches Kontrollsystem, das die
21 Einhaltung der Grundrechte überwacht, ist besonders wichtig, insbesondere da
22 Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Screening-Verfahren ausgeschlossen ist.
23 Hier sollte der Gesetzgeber im parlamentarischen Verfahren dringend nachsteuern“
24 (Prof. Dr. Winfried Kluth, Vorsitzender).
- 25 Als Landesverband Berlin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließen wir uns diesen
26 Forderungen des Sachverständigenrats vorbehaltlos an. Dies gilt auch mit Blick
27 auf die neuen europarechtlichen Verpflichtungen der Länder, in ihren
28 Aufnahmeeinrichtungen künftig geeignete Vorkehrungen zu treffen, um die
29 besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen besser berücksichtigen zu können:
30 „Einrichtungen für entsprechende Fallzahlen müssen auch gebaut oder bestehende
31 ertüchtigt und mit mehr Personal betrieben werden. Es liegt jetzt bei den
32 Ländern, das umzusetzen“ (Prof. Dr. Kluth).
- 33 Für uns ist klar: Menschen dürfen nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl
34 beantragen. Das GEAS-Anpassungsgesetz muss so ausgestaltet werden, dass jede
35 Form der Inhaftierung von Kindern ausgeschlossen wird. Kinder müssen kindgerecht
36 untergebracht und versorgt werden. Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich
37 nicht vereinbar.

38 Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in der
39 Bundesrepublik Deutschland den Leitlinien der Agentur für Grundrechte der
40 Europäischen Union (FRA) entsprechend gesetzlich geregelt wird. Der unabhängigen
41 Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands müssen in diesem Zusammenhang
42 dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

43 Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie beispielsweise Kinder,
44 queerer Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im Aufnahme- und
45 Asylverfahren berücksichtigt werden. Bei der Durchführung der neuen Screening-
46 Verfahren ist sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der
47 Vulnerabilität von entsprechend qualifiziertem Fachpersonal außerhalb der
48 Sicherheitsbehörden durchgeführt wird.

Beschluss (vorläufig) Berlin böllerfrei - für ein sauberes sicheres und inklusives Silvester

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 10.12.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

Für einen friedlichen, sicheren und umweltgerechten Jahreswechsel 2025/2026 sowie für alle folgenden Jahre fordern wir:

Die Einführung eines vollständigen Verbots des Verkaufs und der Verwendung von privatem Feuerwerk zu Silvester sowie Nutzung aller landesrechtlichen Spielräume zur Einschränkung des privaten Feuerwerks.

Falls ein vollständiges Verbot nicht unmittelbar umsetzbar ist, die deutliche Ausweitung von Böllerverbotzonen zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen und Einrichtungen, insbesondere um:

Es ist nicht hinnehmbar, dass bis heute keinerlei Änderungen im Sprengstoffrecht beschlossen wurden und auch die lange angekündigte Verschärfung des Waffenrechts zur Einschränkung von SRS-Waffen immer noch auf sich warten lässt. Die Untätigkeit der Innenminister*innen von Bund und Ländern wollen wir nicht weiter hinnehmen.

Silvester ist in Berlin die gefährlichste Nacht des Jahres. Dass von dem Verbot der Abgabe von Feuerwerkskörpern und Böller ein Mal im Jahr abgewichen wird, führt zu nicht hinnehmbaren Kollateralschäden für Mensch, Tier und Umwelt. Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und Krankenhauspersonal arbeiten im Ausnahmezustand.

Diesen alljährlichen Ausnahmezustand kann man nicht als erhaltenswerte Tradition bezeichnen. Die Eskalation rund um den Jahreswechsel nimmt unverhältnismäßige Ausmaße an. Die Nachteile für Mensch, Tier und Umwelt sind nicht weiter hinzunehmen. Es braucht endlich eine effektive Regulierung, damit ganz Berlin sicher und gesund ins neue Jahr starten kann. In anderen Metropolen wie Paris und New York gehören Laienfeuerwerke schon lange der Vergangenheit an. Stattdessen sorgen zentrale Veranstaltungen dafür, dass Menschen zusammenkommen und bei kontrolliertem Abbrennen von Feuerwerkskörpern friedlich in das neue Jahr feiern können.

Über die Forderung eines ganzjährigen bundesweiten Verkaufsverbotes muss das Land Berlin alle Möglichkeiten nutzen, die völlig unverhältnismäßigen Auswüche der Silvesterböllerei einzuschränken und Alternativen zu schaffen. Konkret fordern wir:

- Tierheime, Tierparks, Zoos, Wildtiergehege und öffentliche Grünflächen
- eine Ausweitung der Böllerverbotzonen auf das gesamte Stadtgebiet
- die verstärkte Kontrolle von Verbotszonen an und um Einrichtungen zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen und Einrichtungen, wie

insbesondere Tierheime, Tierparks, Zoos, Wildtiergehege und öffentliche Grünflächen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Gesundheitszentren, Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose

- Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose
- die Prüfung von Einschränkungen des Verkaufs in Dauer und Umfang von Feuerwerk der Kategorie F2 im Zeitraum vom 29 bis 31. Dezember

Eine öffentlichkeitswirksame Positionierung und umfassende Aufklärungskampagne durch den Landesvorstand und die Fraktion im Abgeordnetenhaus über die gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Folgen privater Feuerwerke.

- ein Veranstaltungskonzept für ganz Berlin, mit professionellen Drohnen- oder Lasershows in allen Berliner Bezirken als attraktive, sichere und umweltfreundliche Alternative zum privaten Feuerwerk

Die Organisation und Finanzierung professioneller, zentraler Drohnen- oder Lasershows in allen Berliner Bezirken als attraktive, sichere und umweltfreundliche Alternative zum privaten Feuerwerk.

- eine öffentlichkeitswirksame Positionierung durch den Landesvorstand und die Abgeordnetenhausfraktion für ein böllerfreies Silvester in Berlin

Wir unterstützen weiterhin alle Schritte, die den Druck auf Bundesebene erhöhen, ein bundesweites Verkaufsverbot zu erzielen und die Regelungsmöglichkeiten für Länder und Kommunen zu verbessern. Es kann nicht sein, dass Gesetzesinitiativen zum Verbot von Pyrotechnik für Privatpersonen, über den Bundesrat oder die Innenminister*innenkonferenz weiter blockiert werden.

Beschluss Pflegenottelefon für Berlin – schnelle Hilfe im Pflegekrisenfall

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 10.12.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Berlin wird älter und mit dem demografischen Wandel wächst auch die Zahl der
- 2 Menschen, die Pflege benötigen. Der größte "Pflegedienst" sind dabei die
- 3 pflegenden An- und Zugehörigen. Rund 86% der Pflegebedürftigen leben zu Hause
- 4 und bekommen Unterstützung aus dem eigenen Umfeld. Dieses füreinander Einstehen
- 5 ist Ausdruck von Zusammenhalt und Solidarität und trägt unsere Gesellschaft..
- 6 Unser Dank gebührt allen Menschen in der Pflege, dass sie hier ein
- 7 selbstbestimmtes Leben ermöglichen.
- 8 Verantwortung für Angehörige zu übernehmen, ist wertvoll – aber auch
- 9 herausfordernd. Unsere Aufgabe als Politik ist es da, wo die, die Unterstützung
- 10 leisten, selbst an Grenzen kommen, ein Unterstützungsangebot zu schaffen. Mit
- 11 den Pflegestützpunkten in allen Bezirken und einer breiten Selbsthilfe- und
- 12 Beratungsstruktur hat Berlin eine ausgebaute Pflegeunterstützungslandschaft.
- 13 Trotzdem gibt es noch einiges zu tun. Berlin muss Caring Community werden mit
- 14 lokalen Sorgestrukturen, Community Health Nurses, damit es erst gar
- 15 Ausnahmesituation gibt. Aber als Land Berlin muss es besondere Unterstützung in
- 16 einer pflegerischen Krise geben.
- 17 Doch bislang fehlt in Berlin eine funktionierende Krisenstruktur für
- 18 pflegerische Notfälle. Immer häufiger wird der Rettungsdienst zu Situationen
- 19 gerufen, in denen keine akute medizinische, sondern eine pflegerische Notlage
- 20 besteht. Hamburg hat mit einem Pflegenottelefon und den daraus folgenden
- 21 kurzfristig verfügbaren Notpflegeplätzen bereits eine Lösung für diese
- 22 Versorgungslücke geschaffen. . Berlin braucht deshalb zu seinen bewährten
- 23 Pflegekrisenstrukturen ein Pflegenottelefon. Der Senat muss dieses Modell
- 24 schnellstmöglich aufgreifen und umsetzen.
- 25 Ziel ist es, pflegebedürftigen Menschen, ihren Angehörigen und Pflegekräfte in
- 26 akuten Krisensituationen schnell, niedragschwellig und bedarfsgerecht Hilfe zu
- 27 bieten – bevor aus einer Pflegesituation ein Rettungsdiensteinsatz oder gar eine
- 28 Notaufnahme wird.

29 Das Pflegenottelefon soll:

- 30 1. rund um die Uhr erreichbar sein und unmittelbar Hilfe vermitteln,
- 31 2. als Schnittstelle zwischen Rettungsdienst, Pflegeeinrichtungen und
32 Kurzzeitpflegeplätzen agieren,
- 33 3. über eine digitale Plattform in Echtzeit verfügbare Pflegenotplätze
34 anzeigen und buchen können,
- 35 4. eng mit der Berliner Beratungsstelle „Pflege in Not“ kooperieren,
- 36 5. auch für Fälle von Gewalt, Überforderung und Krisen in der häuslichen
37 Pflege ansprechbar sein,
- 38 6. und in das bestehende Gesundheits- und Pflegenetzwerk der Stadt integriert
39 werden.

40 Der Senat ist nun aufgefordert kurzfristig eine Förderrichtlinie für
41 Pflegenotplätze zu erarbeiten und gemeinsam mit der Feuerwehr, den
42 Pflegediensten und den Bezirken ein Umsetzungsmodell zu entwickeln. Denn die,
43 die Care-Verantwortung übernehmen oder auf gute Pflege angewiesen sind, dürfen
44 nicht alleine gelassen werden. Wir zeigen Herz für Pflegebedürftige, ihre
45 Angehörigen und professionelle Pflegekräfte.

Beschluss Wenn's dir nicht gefällt, mach neu - juristische Ausbildung endlich zukunftsfest machen

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 10.12.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Für uns als Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist klar: Eine Reform der juristischen
2 Ausbildung ist längst überfällig. Kai Wegner und Felor Badenberg setzen lieber
3 auf Konzepte aus dem 19. Jahrhundert, als sich ernsthaft mit dem Reformbedarf zu
4 beschäftigen, der seit Jahren von Studierenden, Lehrenden und Universitäten
5 deutlich gemacht wird. Jüngst hat die CDU-Justizsenatorin wieder einmal
6 klargestellt, dass sie keine Probleme in der Ausbildung sieht. Aber: Wenn die
7 CDU lieber den Federkiel romantisiert und die Realität ignoriert, setzen wir uns
8 umso energischer dafür ein, die juristische Ausbildung endlich ins 21.
9 Jahrhundert zu bringen. Für einen gerechteren und zukunftsfähigen
10 Ausbildungsweg. Für die Zukunft der Justiz und der Rechtspflege allgemein.
- 11 Wir fordern die Senatsverwaltung für Justiz daher auf, die Augen vor den
12 berechtigten studentischen und universitären Anliegen nicht länger zu
13 verschließen, den Reformbedarf endlich anzuerkennen und sich in der
14 Justizminister*innenkonferenz und dem entsprechenden Koordinierungsausschuss für
15 eine ernsthafte und ergebnisorientierte Debatte über Lösungsmöglichkeiten der
16 vielfältigen Probleme einzusetzen.
- 17 Handlungsfähigkeit der Justiz erhalten: Reformen erarbeiten
18 und umsetzen
- 19 Berlin kann und sollte an der Spitze der Reformbemühungen stehen und zeigen, wie
20 eine moderne, zukunftsfähige juristische Ausbildung aussehen kann. Wir setzen
21 uns deshalb dafür ein, dass in den ersten Schritten hin zu einer Reform
22 verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der juristischen Ausbildung in Berlin
23 erarbeitet werden. Dafür muss der Senat alle relevanten Akteur*innen an einen
24 Tisch holen und gemeinsam ein zukunftsfähiges Konzept erarbeiten, indem die
25 verschiedenen Interessen von Justiz, Praxis, Universitäten und Studierenden in
26 angemessenen Ausgleich gebracht werden.
- 27 Zu diesen Maßnahmen gehören etwa die Reduktion des Pflichtfachstoffes, die
28 Wiedereinführung des Abschichtens, eine weniger repressive Hilfsmittelverordnung
29 für die Staatsprüfungen, diversere und paritätische Besetzung von
30 Prüfungskommissionen und verdeckte Zweitkorrekturen in den Staatsprüfungen, die
31 Ausweitung der digitalen Prüfungen auf die erste Staatsprüfung, die Einführung
32 von anwenderfreundlichen, elektronischen Hilfsmitteln sowie die weitere
33 Digitalisierung des Studiums.
- 34 Eine gerechtere Ausbildung schaffen
- 35 Darüber hinaus sind eine Stärkung und eine auskömmliche Finanzierung
36 universitärer Repetitorien notwendig, sodass kostenfreie Alternativen zu den

37 traditionellen, aber extrem kostspieligen Repetitorien zur Verfügung stehen.
38 Gute Noten dürfen keine Frage des Geldbeutels sein! Im Referendariat müssen die
39 Unterhaltsbeihilfe erhöht und die Zuverdienstgrenze abgeschafft sowie kostenlose
40 Klausurenkurse angeboten werden, damit der Zugang endlich für alle gleich wird.
41 Die Justiz muss darüber hinaus mit ausreichend Mitteln zur Ausbildung von
42 zusätzlichen Referendar*innen ausgestattet werden. Personalmangel macht auch vor
43 der Justiz nicht Halt. Wer hier jetzt die Augen verschließt, riskiert die
44 Handlungsfähigkeit des Staates in diesem Bereich in schon wenigen Jahren.

45 Außerdem muss endlich auch in der Ausbildung abgebildet werden, dass Vielfalt
46 kein Selbstzweck ist, sondern zu einer gerechteren Justiz führt. Bei allen
47 Reformmaßnahmen muss deshalb die Förderung von Inklusion und Diversität in der
48 juristischen Ausbildung, sowohl in der Lehre und bei den Studierenden, als auch
49 bei den Prüfer*innen in den Examina, im Fokus stehen. Auch die interdisziplinäre
50 Lehre und die Förderung des Erlernens von kritischer Analyse und Reflexion des
51 Rechts müssen verstärkt werden und dürfen nicht aus finanziellen oder
52 ideologischen Gründen zusammengestrichen werden.

Beschluss (vorläufig) Grüne Positionen für eine Richtlinie zum Berliner Wald

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 10.12.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 Grüne Positionen für eine neue Richtlinie zu den Berliner Wäldern

2 Warum ein weiteres Positionspapier zum Berliner Wald nach dem Beschluss unseres
3 Papiers „Die Berliner Wälder in der Klimakrise“ auf der LDK im Mai 2024?

4 Angesichts der fortgesetzten Verschlechterung des Zustands der Berliner Wälder,
5 wie sich dies auch wieder in den Waldzustandsberichten der letzten Jahre gezeigt
6 hat, wird von den regierenden Parteien, den Berliner Forsten und auch den
7 Umweltverbänden eine Neubearbeitung der bisherigen Waldbaurichtlinie für
8 notwendig gehalten. Von den Berliner Forsten wird das intern und gemeinsam mit
9 der Senatsverwaltung bereits angegangen.

10 Wir Grüne denken, dass sich die forstliche Praxis grundsätzlich verändern muss.
11 Sie darf den Waldbau nicht mehr in den Mittelpunkt stellen und nicht auf
12 Holzwirtschaft ausgerichtet sein. Zur Erhaltung unserer Wälder und zur
13 Verbesserung ihres Zustands muss der Umgang mit ihnen in der Praxis jetzt sofort
14 auf die großen klimatischen Veränderungen und den massiv drohenden Verlust der
15 Biodiversität ausgerichtet werden. Darüber hinaus stellen sich viele weitere
16 Fragen zur Förderung einer natürlichen, selbstbestimmten Entwicklung des Waldes,
17 zum Schutz und der Förderung biologischer Vielfalt und gerade auch in Berlin zu
18 seiner Erholungsfunktion.

19 Dies muss auch in einer grundsätzlich neuen Richtlinie zum Handeln im bzw. zum
20 Umgang mit dem Wald zum Ausdruck kommen. Hierzu haben wir unsere Positionen
21 übersichtlich in einigen wichtigen Leitlinien und daraus folgenden Maßnahmen
22 zusammengefasst, um sie in die zurzeit stattfindenden Diskussionen einzubringen.

23 Was sollte in einer Richtlinie zum Umgang mit dem Berliner Wald enthalten sein:

24 Allgemeine Ziele/ Leitlinien:

- 25 • Unsere Berliner Wälder als unsere „grüne Lunge“ und natürliche
26 Klimaanlage, als Lebensraum für zahllose Arten, als Kohlenstoffspeicher,
27 Wasserspeicher und als Erholungsort erhalten
- 28 • Förmliche Sicherung des Berliner Waldbestandes per Gesetz sowie eine
29 Ausweitung des Bestandes, insbesondere durch Ankauf außerhalb der
30 Landesgrenze
- 31 • Im Lichte der sich verstärkenden Klimakrise Widerstandsfähigkeit und
32 Überlebensfähigkeit der Wälder sichern
- 33 • Dem Rückgang der Biodiversität aktiv entgegenwirken und die Artenvielfalt
34 stärken (Renaturierungsmaßnahmen gemäß des EU-Gesetzes zur

35 Wiederherstellung der Natur und des Aktionsprogramms Natürlicher
36 Klimaschutz zügig voranbringen)

- 37 • Um die Doppelkrise Biodiversitätsverlust und Klimawandel wirksam zu
38 bewältigen, Entwicklungen hin zu natürlichen und vielfältig strukturierten
39 Wäldern zulassen und wo erforderlich unterstützen
- 40 • Natürliche Prozesse und Interaktionen der vielfältigen
41 Lebensgemeinschaften über und unter der Erde müssen berücksichtigt werden,
42 da sie in enger Wechselwirkung stehen und voneinander abhängig sind.
43 Eingriffe in eines dieser Elemente können langfristige negative Folgen für
44 das gesamte Waldökosystem haben.
- 45 • Dabei ist insbesondere der immense Umfang der verborgenen/unentdeckten
46 Biodiversität und deren Folgen hinsichtlich der Stabilität der
47 verschiedenen Waldökosysteme zu beachten
- 48 • Menschengemachte schädliche Einwirkungen auf das Ökosystem Wald minimieren

49 Daraus sich ergebende konkretere Ziele und Maßnahmen:

- 50 1. Schutzgebiete ausweiten
- 51 2. Mehr Waldgebiete unter strikten und rechtlich gesicherten Schutz stellen,
52 d.h. mehr und größere Naturschutzgebiete schaffen, die auch tatsächlich
53 den Anforderungen entsprechen. In den Natura 2000-Gebieten mit 15 FFH-
54 Gebieten und 5 Vogelschutzgebieten die Naturqualität und Biodiversität bis
55 2030 merklich und sichtbar verbessern (wie es auch das Gesetz zur
56 Wiederherstellung der Natur fordert)
- 57 3. Die Naturwald-Entwicklungsflächen (ehemals Referenzflächen) mittels eines
58 engmaschigen Monitorings beobachten und mit den anderen Waldflächen
59 vergleichen
- 60 4. Ökokorridore zur Vernetzung von Ökosystemen/wertvollen Biotopen erweitern
61 bzw. schaffen, die isolierte Gebiete miteinander verbinden und die
62 Migration von Tieren, den genetischen Austausch zwischen Populationen
63 sowie die Erhaltung der Biodiversität ermöglichen
- 64 5. Gezielte Ökologierungsstrategie in allen Berliner Wäldern
- 65 6. Für die Berliner Wälder innerhalb wie außerhalb der Stadtgrenzen eine
66 Strategie zur Stärkung der biologischen Vielfalt und der vorhandenen Arten

erarbeiten, die für alle Waldreviere gemäß den besonderen Gegebenheiten vor Ort ausgestaltet wird

7. Konsequenter Erhalt von Altbäumen auf allen Waldflächen

8. Baumartenzusammensetzung in Laubmischwäldern der natürlichen Entwicklung überlassen

9. Erneuerung durch Naturverjüngung

10. Auf standortheimische Baumarten setzen

11. Den Fraß oder die Beschädigung von Trieben und jungen Bäumen durch ein differenziertes und evidenzbasiertes Wildtiermanagement reduzieren

12. Stehendes sowie liegendes Totholz im Wald belassen. Ausnahmen sind zu begründen.

13. Um Waldböden zu erhalten, einen Maßnahmenkomplex entwickeln, der die anthropogene Belastung verringert, natürliche Bodenbildungsprozesse bewahrt und das biologische Gleichgewicht unterstützt

1. Auf den Einsatz schwerer, bodenverdichtender Maschinen im Wald verzichten

10. Untersuchungen der Waldböden durchführen, um die Anreicherung von Schadstoffen (aus dem Verkehr, aus Kraftwerken, Industrie- und

- 84 landwirtschaftlichen Betrieben sowie privaten Holzöfen) zu prüfen und
85 Maßnahmen zur Reduktion einzuleiten
- 86 11. Im Fall von Waldbrand auf Regeneration der betroffenen Flächen vorwiegend
87 aus eigener Kraft im Schatten des geschädigten Baumbestands setzen
- 88 50. Im Vorgehen, um in verdichteten Kiefernreinkulturen einen resilienten Wald
89 entstehen zu lassen, laufend neue Erkenntnisse berücksichtigen, auch
90 bezüglich der verschiedenen Standorte
- 91 51. Wasser und Moore im Wald
- 92 52. Entwässernde Infrastruktur in und an den Wäldern zurückbauen
- 93 53. Noch bestehende Waldmoore erhalten und renaturieren; ein Programm zur
94 Wiedervernässung, zum Entkusseln und Freistellen der Moore aufsetzen; die
95 Trinkwassergewinnung im Umkreis der Moore dementsprechend angleichen
- 96 54. Holzwirtschaft
- 97 55. Den Holzeinschlag auf ein Minimum reduzieren und dann nur in verdichteten
98 Kiefernmonokulturen, mit dem Ziel einer Verdoppelung des in den Berliner
99 Wäldern unterdurchschnittlichen Holzvorrats
- 100 56. Fällungen nur einzelner Bäume; Transport darf nur geringste Bodenschäden
101 verursachen, deshalb den Einsatz schwerer Maschinen schnellstmöglich
102 beenden
- 103 57. Vermarktung als Wertholz direkt durch die BF unter Ausschluss von
104 Holzverbrennung
- 105 58. Fachkräfte und Monitoring
- 106 59. Kontinuierliche Weiterbildung der im Wald tätigen Menschen hinsichtlich
107 der Ökologisierung des Waldes
- 108 60. Zusätzlich zu den Förstern auch vermehrte Mitarbeit von Waldökologen
- 109 61. Regelmäßiges satellitengestütztes Monitoring durchführen, das auch den
110 Zustand der Waldböden einschließt
- 111 62. Stadt, Bevölkerung und Umweltbildung
- 112 63. Stärkung und Ausbau der Umweltbildungszentren und Waldschulen, um
113 Umweltbildung und Bewusstsein für Waldpflege zu fördern
- 114 64. Jährliche „Waldtage“ mit öffentlicher Beteiligung organisieren;
115 Schulprogramme zur aktiven Beteiligung an der Waldpflege ausbauen
- 116 65. Internationale Kooperationen und Bildungsprojekte zum Schutz der Wälder
117 fördern
- 118 66. Verkehrsbeschränkungen auf den Waldwegen

119 67. Waldprävention ausbauen

120 Daraus folgend dürfen selbstverständlich folgende Maßnahmen nicht sein:

- 121 • Kahlschläge
- 122 • Durchforstungen und Ringeln von Bäumen
- 123 • Sprengungen der Bäume mit Dynamit
- 124 • Einbringen von gentechnisch veränderten Pflanzen
- 125 • Anpflanzen von nichtheimischen Bäumen
- 126 • Anlegen von Monokulturen
- 127 • Entwässern von Feuchtgebieten
- 128 • Verdichten des Bodens (z.B. durch Arbeiten mit Harvestern)
- 129 • Füttern von Wildtieren
- 130 • Rücksichtsloses Verhalten der Bürger bezüglich der Bedürfnisse des Waldes
- 131 (z.B. Befahren außerhalb der dafür vorgesehenen Wege, freies Laufenlassen
- 132 von Hunden, Müll hinterlassen etc.)

Beschluss (vorläufig) Wehrpflicht nein danke! Freiwilligendienste strukturell stärken

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 10.12.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

Spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigt sich, dass Frieden und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten mehr sind. Auch Deutschland steht zunehmend im Fokus hybrider Bedrohungen: von Cyberangriffen über Desinformation bis hin zu Versuchen gezielter gesellschaftlicher Destabilisierung. Wir nehmen diese veränderte sicherheitspolitische Lage ernst, ebenso wie die damit verbundenen Sorgen und Ängste der Bevölkerung.

Diese Realität markiert eine echte sicherheitspolitische Zeitenwende, eine Zäsur, die von uns verlangt, Wehrhaftigkeit und Resilienz neu zu denken. Doch eine Zeitenwende bedeutet nicht automatisch die Rückkehr zu alten und überholten Konzepten, wie die Bundesregierung sie plant.

Am 13. November 2025 einigte sich die Bundesregierung aus Union und SPD auf das sogenannte Wehrdienstmodernisierungsgesetz (WDMoG). Angelehnt an das Schwedische Modell soll zunächst auf die Förderung von Freiwilligkeit gesetzt werden. Verpflichtend ist zunächst nur das Ausfüllen eines Fragebogens und die Musterung aller jungen Männer, die 2008 oder später geboren wurden. In Berlin würde das im kommenden Jahr 16.000 Jugendliche betreffen. Melden sich dennoch nicht genug Personen freiwillig, sieht der Gesetzentwurf eine Bedarfswehrpflicht vor, die vom Bundestag beschlossen werden kann. Das Verfahren dafür steht noch nicht vollständig fest, aber auch Zufallsverfahren wie das Losverfahren werden weiterhin debattiert.

Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin lehnen wir eine Wiedereinführung der verpflichtenden Musterung, der Wehrpflicht oder die Einführung anderweitiger Pflichtdienste entschieden ab. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von konservativen Kreisen gefordert wird, ist ein gesellschaftspolitischer Rückschritt und steht in klarem Widerspruch zu unseren Grundwerten von Selbstbestimmung und Freiheit. Stattdessen setzen wir darauf, bestehende Angebote des freiwilligen, gesellschaftlichen Engagements zu stärken, bestehende Hürden abzubauen und Strukturen, die echte Beteiligung und Zusammenhalt ermöglichen, zu stärken. Dienste inner- und außerhalb der Bundeswehr müssen so gestaltet werden, dass sie die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Die Bundesregierung steht auch in der Verantwortung, die Bevölkerung vor einem militärischen Angriff zu schützen und eine bestmögliche Vorbereitung auf einen möglichen Angriff zu gewährleisten. Dabei geht es neben der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch um den Zivilschutz. Dabei setzen wir klar und konsequent auf Freiwilligkeit. Das im Grundgesetz garantierte Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes mit der Waffe ist für uns unantastbar.

Die eingeschränkten Kapazitäten für die Ausbildung sollten für geeignete Freiwillige jeden Alters und Geschlechts optimal genutzt und ausgebaut werden.

41 Wir wollen den Wehrdienst und Zivilschutz für eine breite Zielgruppe attraktiver
42 machen und auch die Rahmenbedingungen von Freiwilligendiensten stärken - diese
43 Aufgabe muss jetzt ernsthaft und mit Nachdruck angegangen werden. Auch bei
44 Freiwilligendiensten muss sichergestellt werden, dass sie tatsächlich allen
45 Menschen zugänglich sind. Um Zivilschutz und militärische Reserve strukturiert
46 aufzubauen fordern wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für
47 gesamtstaatliches Krisenmanagement, die die zivil und militärisch nutzbaren
48 Kompetenzen von Freiwilligen abfragt und passende Aus- und
49 Fortbildungsmöglichkeiten vermittelt. Dabei reicht es nicht, Antworten nur auf
50 der nationalen Ebene zu geben. Wir bekennen uns zu einer handlungsfähigen,
51 demokratisch kontrollierten Bundeswehr und zur Verteidigungsfähigkeit
52 Deutschlands im europäischen und internationalen Verbund. Europäische und
53 internationale Krisen brauchen europäische und internationale Antworten. Deshalb
54 wollen wir die europäische Zusammenarbeit in diesen Bereichen weiter stärken,
55 insbesondere bei Zivilschutz und Freiwilligendiensten.

56 Schluss mit Politik über die Köpfe junger Menschen hinweg

57 In der öffentlichen Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht die
58 Perspektive junger Menschen oftmals unter. Gleichzeitig zeigen Umfragen seit
59 Jahren ein eindeutiges Bild: Diejenigen, die am Ende einen Pflichtdienst
60 ableisten müssten, lehnen ihn klar ab. Mehr als 60 % der unter 30-Jährigen
61 sprechen sich regelmäßig gegen eine Wehrpflicht aus und laut einer von
62 Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie würde eine Mehrheit der 16- bis 25-
63 Jährigen den Dienst an der Waffe sogar verweigern. Diese Zahlen verdeutlichen:
64 Junge Menschen wollen selbst bestimmen, wie und wo sie Verantwortung übernehmen.
65 Tausende Schüler*innen deutschlandweit organisieren Proteste und Schulstreiks
66 gegen eine Wehrpflicht. Wir stehen an ihrer Seite und solidarisieren uns mit
67 allen Schüler*innen die ihre Stimme nutzen um sich Gehör bei Politik und
68 Gesellschaft zu verschaffen: für politische Entscheidungen mit und für jungen
69 Menschen, für eine Perspektive und sichere Zukunft und gegen Maßnahmen, die
70 Unsicherheit verursachen und gleichzeitig keine echten Lösungen sind.

71 Dabei ist es gerade diese junge Generation, die in den vergangenen Jahren
72 bereits enorme Lasten getragen hat. Während der Corona-Pandemie hat sie sich
73 zurückgenommen, zentrale Erfahrungen ihrer Jugend verpasst und ältere sowie
74 vulnerable Gruppen geschützt. Die negativen Auswirkungen dieser Zeit in den
75 Bereichen Bildung und mentaler Gesundheit wurden politisch nie aufgefangen.
76 Heute ringt sie mit hohen Mieten, gestiegenen Preisen und Unsicherheit in
77 Ausbildung, Studium und Beruf und wird die dramatischsten Folgen der Klimakrise
78 erleben. Hinzu kommt der jahrzehntelange Investitionsstau in Bildung,
79 Infrastruktur und Daseinsvorsorge, dessen Konsequenzen junge Menschen bereits
80 heute ausbaden müssen und die das Vertrauen in Politik und staatliche
81 Institutionen seit Jahren schwächen.

82 Vor diesem Hintergrund einen militärischen oder gesellschaftlichen Pflichtdienst
83 einzufordern bedeutet, eine Generation in die Verantwortung für die
84 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu ziehen, der die Politik selbst über Jahre
85 hinweg elementare gesellschaftliche Verantwortung schuldig geblieben ist. Von
86 jungen Menschen zu verlangen, die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte
87 auszubügeln und die gesellschaftliche Verantwortung der Verteidigungsfähigkeit
88 zu schultern, während ihre eigenen Bedürfnisse, Chancen und Lebensrealitäten

89 politisch zu lange vernachlässigt wurden, geht gegen den Grundwert der
90 Generationengerechtigkeit, für den wir als Partei wie keine andere stehen.

91 Für uns steht fest: Junge Menschen sind nicht bloß eine Ressource, auf die der
92 Staat im Krisenfall zurückgreifen kann, sondern aktive Mitgestalter*innen
93 unserer demokratischen Gesellschaft. Sie brauchen Räume, in denen sie
94 selbstbestimmt handeln können und eine Politik, die ihnen zutraut, Verantwortung
95 freiwillig zu übernehmen. Was sie nicht brauchen, sind staatliche
96 Pflichtdienste, die ihre Freiheit einschränken und ihre Perspektiven ignorieren.

97 Für den Verteidigungsfall explizit junge Menschen verpflichten zu wollen ist
98 grundsätzlich falsch. Der Fokus sollte hier nicht auf den Jüngsten liegen,
99 während diese Generation gleichzeitig von den nicht-zukunftsgewandten
100 Entscheidungen der aktuellen Regierungen nicht berücksichtigt oder mitgenommen
101 wird.

102 Strukturelle Probleme in der Bundeswehr anerkennen und beheben

103 Strukturell verfügt die Bundeswehr derzeit weder über die notwendige
104 Infrastruktur noch über ausreichende personelle Kapazitäten, um eine
105 Wiedereinführung der Wehrpflicht überhaupt sinnvoll umsetzen zu können. Es
106 mangelt an Ausbilder*innen, an Material, an Unterkünften, an modernen
107 Übungsplätzen und an flexiblen Organisationsstrukturen. Hinzu kommen massive
108 Probleme im Beschaffungswesen.

109 Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle Problemen: Immer wieder rücken
110 rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr, insbesondere im KSK, in den Fokus.
111 Berichte über Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit zeigen, dass die
112 Bundeswehr strukturell noch weit von einem inklusiven, diskriminierungsfreien
113 Umfeld entfernt ist. Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle
114 Problemen: Immer wieder rücken rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr,
115 insbesondere im KSK, in den Fokus. Berichte über Rassismus, Sexismus und
116 Queerfeindlichkeit zeigen, dass die Bundeswehr strukturell noch weit von einem
117 inklusiven, diskriminierungsfreien Umfeld entfernt ist. Zugleich gilt es, das
118 Engagement jener Menschen anzuerkennen, die in der Bundeswehr, dem
119 Katastrophenschutz und im Technischen Hilfswerk, und die tagtäglich unter oft
120 schwierigen Bedingungen professionellen Dienst leisten und Verantwortung für die
121 Sicherheit Deutschlands und Europas übernehmen. Eine zukunftsfähige Bundeswehr
122 muss sich durch hohe Professionalität, Verfassungstreue und Sensibilität für
123 Vielfalt und Demokratie auszeichnen. Daher braucht es gezielte Reformen in
124 Ausbildung, Supervision und interner Kontrolle, um Fehlentwicklungen strukturell
125 zu verhindern und Vertrauen zu stärken. Anstatt junge Menschen per Pflichtdienst
126 in solche Strukturen zu zwingen, braucht es konsequente Aufarbeitung und starke
127 interne und externe Kontrollmechanismen, sowie eine Kultur, die Fehlverhalten
128 klar sanktioniert und Betroffene schützt. Dazu gehört auch eine umfassende und
129 verpflichtende Weiterbildung aller Angehörigen der Bundeswehr zu
130 Diskriminierung, Vielfaltskompetenz und demokratischer Kultur. Wer in
131 staatlicher Verantwortung steht und mit Waffen ausgebildet wird, muss besonders
132 sensibel für Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede
133 andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sein und entsprechend
134 handeln.

135 Dass die Bundeswehr für viele junge Menschen kein attraktives Arbeitsumfeld
136 darstellt, zeigt sich auch in den hohen Abbruchquoten von rund 25 % in den

137 ersten Dienstmonaten. Diese Quote ist ein Symptom systemischer Probleme, nicht
138 fehlender „Verantwortungsbereitschaft“ einer Generation.

139 Junge Menschen sind keine Lückenfüller: soziale Infrastruktur stärken

140 Der Fachkräftemangel im sozialen Sektor ist seit Jahren ein zunehmendes Problem
141 und wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Besonders in der
142 Pflege, in Kitas, in der Jugendhilfe und in Einrichtungen für Menschen mit
143 Behinderungen fehlen qualifizierte Fachkräfte. Diese Versorgungslücken entstehen
144 jedoch nicht, weil es zu wenige junge Menschen gibt, die grundsätzlich bereit
145 wären, im sozialen Bereich zu arbeiten, sondern weil der Staat seit Jahren darin
146 versagt, verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für Beschäftigte im
147 sozialen Bereich zu schaffen.

148 Ein Pflichtdienst adressiert weder die Ursachen des Fachkräftemangels noch die
149 strukturellen Schwächen des sozialen Sektors. Der damit verbundene Mehraufwand
150 für Supervision, Wissensvermittlung und organisatorische Betreuung würde
151 bestehende Engpässe eher verschärfen, als sie zu beheben. Statt tiefgreifenden
152 Lösungsansätzen durch zum Beispiel Investitionen in Bildung und Ausbildung
153 werden hier Scheinlösungen mit jungen Menschen als Leidtragenden vorgeschlagen.
154 Auch große Wohlfahrtsverbände und Träger von Freiwilligendiensten wie der
155 Paritätische Gesamtverband oder die Diakonie haben sich zuletzt entschlossen
156 gegen eine Dienstpflicht geäußert und weisen auf die mit einer Dienstpflicht
157 einhergehenden Grundrechtsverletzungen sowie den immensen organisatorischen
158 Aufwand und die Kosten hin. Außerdem kritisieren sie, dass soziale Berufe durch
159 so einen Eingriff abgewertet werden.

160 Freiwilligendienste strukturell stärken

161 Bereits heute engagieren sich bis zu 100.000 Menschen jedes Jahr im Rahmen von
162 Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem
163 Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ).
164 Zumeist sind es junge Menschen, die sich nach ihrer Schulzeit für ein Jahr des
165 gesellschaftlichen Engagements entscheiden und Tag für Tag Verantwortung
166 übernehmen. Sie unterstützen Pflegekräfte in Altenheimen, begleiten Kinder und
167 Jugendliche in Schulen und Kitas, helfen Menschen mit Behinderung im Alltag oder
168 setzen sich für den Klima- und Naturschutz ein.

169 Mit ihrem Einsatz stärken sie nicht nur soziale Einrichtungen und gemeinnützige
170 Organisationen, sondern sammeln auch selbst wertvolle und nachhaltig-prägende
171 Erfahrungen. Viele entdecken durch ihren Freiwilligendienst neue berufliche
172 Perspektiven, lernen ihre eigenen Fähigkeiten besser kennen und entwickeln ein
173 starkes Bewusstsein für gesellschaftliche Zusammenhänge. Nicht selten entstehen
174 aus diesem Engagement langfristige berufliche oder ehrenamtliche Bindungen, die
175 weit über das eigentliche Dienstjahr hinausreichen.

176 Freiwilligendienste zeigen: junge Menschen sind bereit, sich einzubringen,
177 gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Politik
178 muss diese Bereitschaft stärken, statt auf Zwang und Bevormundung zu setzen.
179 Statt Debatten über ein Pflichtjahr braucht es verlässliche finanzielle und
180 strukturelle Rahmenbedingungen, bessere Anerkennung von Leistungen und niedrige
181 Zugangshürden für alle Menschen, die sich bereits heute freiwillig engagieren
182 wollen.

183 Freiwilligendienste stehen seit Jahren unter Druck. Einsatzstellen kämpfen um
184 eine ausreichende Finanzierung. Im Bundeshaushalt 2025 sind Kürzungen bei
185 Freiwilligendiensten von rund 40 Millionen € vorgesehen, was etwa 20% weniger im
186 Vergleich zum Vorjahr sind. Und für die Freiwilligen reicht das Taschengeld bei
187 langem nicht aus um sich das Leben zu finanzieren - schon gar nicht in einer
188 Stadt wie Berlin!

189 Und trotzdem werden nach aktuellen Haushaltsplänen des Bundes etwa ein Drittel
190 der aktuellen Mittel für Freiwilligendienste gestrichen. Junge Menschen leiden
191 schon jetzt unter kaputtgesparten Strukturen im Bereich des Freiwilligendienstes
192 und auch in der Bundeswehr.

193 Darüber hinaus braucht es eine langfristige Absicherung der Trägerstrukturen,
194 die Freiwilligendienste organisieren und begleiten. Eine verlässliche
195 Finanzierung, hochwertige pädagogische Begleitung und klare Qualitätsstandards.

196 Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen Berlin:

- 197 • Einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst
 - 198 ◦ Jede Person, die sich gesellschaftlich engagieren möchte, soll ein
 - 199 gesetzlich verankertes Recht auf einen Freiwilligendienst haben und
 - 200 dies unabhängig vom Alter, Gender oder finanziellen Hintergrund.
- 201 • Finanzielle Absicherung von Freiwilligendiensten
 - 202 ◦ Wir fordern eine Anhebung des Taschengeldes für Freiwillige, die
 - 203 sich am BAföG-Höchstsatz orientiert und aus dem Bundeshaushalt
 - 204 finanziert wird. So kann Chancengleichheit erhöht werden und
 - 205 sozialer Ungleichheit entgegengewirkt werden.
- 206 • Kostenloser Zugang zum ÖPNV für alle Freiwilligen
 - 207 ◦ Wir fordern eine kostenfreie Bereitstellung des Deutschlandtickets
 - 208 für Freiwillige, um die finanzielle Belastung zu reduzieren. Des
 - 209 Weiteren müssen Freiwillige Anspruch auf die gleichen
 - 210 Vergünstigungen wie Senior*innen oder Studierende erhalten.
- 211 • Sichtbarkeit von Freiwilligendiensten erhöhen
 - 212 ◦ Wir fordern eine bundesweite Informationskampagne, mit einem
 - 213 Motivationsschreiben des/der Bundespräsidenten*in an alle
 - 214 Schulabgänger*innen. Damit soll Menschen geholfen werden, einen
 - 215 Überblick über die Vielfalt und die Möglichkeiten bestehender
 - 216 Programme zu erhalten.
- 217 • Einrichtung eines freiwilligen Engagementregisters beim THW
 - 218 ◦ Die Berliner Bündnisgrünen setzen sich für die Einrichtung eines
 - 219 freiwilligen Engagementregisters ein, in das sich all jene –
 - 220 unabhängig von ihrem Geschlecht und Alter - eintragen können, die
 - 221 bereit sind, sich im Verteidigungs- und Krisenfall zu engagieren

222 Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Gesamtlage, der strukturellen
223 Defizite in der Bundeswehr und der bestehenden Engpässe im sozialen Bereich ist
224 klar: Pflichtdienste oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind weder

225 gerecht noch wirksam. Junge Menschen sollen nicht Zwangsdienste leisten, um
226 politische Versäumnisse auszugleichen, sondern Räume erhalten, in denen sie
227 freiwillig Verantwortung übernehmen können. Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen
228 deshalb für eine konsequente Stärkung freiwilliger Dienste, die Engagement,
229 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und wertschätzen.